

Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Potenzial unbebauter Parkplätze für Wohnraum und andere Nutzungen

In den Stadtteilen bieten große Parkplatzflächen ein erhebliches Potenzial für die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum. Zum einen befinden sich viele dieser Flächen in zentralen Lagen, die ohnehin über eine gute Infrastruktur verfügen – etwa gute Anbindungen an den öffentlichen Nahverkehr, Nähe zu Arbeitsplätzen, Schulen, medizinischer Versorgung und Freizeiteinrichtungen. Diese zentrale Lage macht sie besonders attraktiv für den Wohnungsbau, da Bewohner*innen von kurzen Wegen und hoher Lebensqualität profitieren. Zum anderen handelt es sich bei Parkplätzen um bereits erschlossene und planbare Flächen, deren Umnutzung vergleichsweise weniger Erschließungsaufwand erfordert als die Bebauung neuer, unerschlossener Flächen. Da auch der Parkraum in den innerstädtischen Quartieren knapp ist, könnte eine Überbauung dieser Parkplätze ein sinnvoller Weg sein, um Wohnflächen zu schaffen und Parkraum für unterschiedliche Mobilitätsangebote zu erhalten. Dies fördert eine nachhaltige Stadtentwicklung, indem keine weiteren Flächen verbraucht werden und die innerstädtische Verdichtung vorangetrieben wird.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele unbebaute große Parkplätze gibt es in Bremen, die grundsätzlich für eine Überbauung in Frage kommen? Bitte die jeweilige Gesamtflächengröße in Quadratmetern angeben und erläutern, welche Kriterien zur Einstufung als „groß“ bzw. als überbauungsfähig herangezogen werden. Bitte um eine Aufschlüsselung in:
 - a) öffentliche Parkflächen
 - b) private Parkflächen
2. Welche konkreten städtebaulichen Vorteile sieht der Senat in der Überbauung ungenutzter Parkflächen, insbesondere im Hinblick auf:
 - a) Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
 - b) Erhöhung der Nutzungsmischung und Verbesserung der urbanen Infrastruktur
 - c) Förderung der innerstädtischen Verdichtung und Reduzierung von Flächenversiegelung
3. Welche ökologischen Vorteile bzw. Herausforderungen werden im Rahmen einer Umnutzung von Parkplätzen erwartet, beispielsweise in Bezug auf Stadtklima, Grünflächenintegration und nachhaltige Stadtentwicklung?
4. Auf Basis welcher gesetzlichen und kommunalplanerischen Grundlagen (z. B. Bebauungspläne, Flächennutzungspläne, Landesbauordnung, Baunutzungsverordnung) kann die Überbauung von ungenutzten Parkplatzflächen erfolgen?
5. Sieht der Senat Anpassungsbedarf in den bestehenden Rechts- und Planungsvorgaben, um der Umnutzung von Parkflächen in Bremen gerecht zu werden, und welche

konkreten Maßnahmen wären aus rechtlicher Sicht notwendig, um eventuelle Hemmnisse – sei es auf kommunaler, landes- oder bundesrechtlicher Ebene – zu überwinden?

6. Welche Konzepte oder Modellprojekte zur Umnutzung von Parkplatzflächen in benachbarten Städten oder vergleichbaren Regionen existieren, und inwiefern könnten diese als Vorbild für Bremen dienen?
7. Gibt es bereits konkrete Planungen oder Pilotprojekte in Bremen, die den Umbau von Parkflächen in Wohn- oder Mischgebiete vorsehen, bzw. gibt es Vorhaben, die bereits umgesetzt wurden? Falls ja, welche Erfahrungen wurden bisher gesammelt?
8. Welche finanziellen Förderinstrumente (z. B. städtische Förderprogramme, landesweite Initiativen oder bundespolitische Maßnahmen) hält der Senat für geeignet, um die Umnutzung von Parkflächen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen?
9. Wie fügt sich die ggf. geplante oder vorgesehene Umnutzung von Parkplätzen in die übergeordneten städtebaulichen Entwicklungs- und Verdichtungskonzepte der Freien Hansestadt Bremen ein?
10. Welche konkreten Bauformen, wie z.B. Holzbauweise, sind für die Überbauung denkbar, und wie können architektonische Konzepte und städtebauliche Leitlinien entwickelt werden, um eine optimale Mischung aus Mehrfamilienhäusern, Mischgebäuden und Gemeinschaftsflächen zu realisieren?
11. Welche Kostenaspekte sind im Rahmen der Überbauung von Parkflächen zu berücksichtigen? Verursacht die Umnutzung, etwa durch notwendige infrastrukturelle Anpassungen, höhere Investitions- und Erschließungskosten im Vergleich zu konventionellen Bauprojekten?

Beschlussempfehlung:

Bithja Menzel, Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN